

## Film und Diskussion am 23.3.2023

### DER MARKTGERECHTE PATIENT

Ein Film von Leslie Franke und Hurdolor Lorenz



**Neustadt/Aisch.** „Krank aus der Klinik“ – so oder ähnlich lauten die Titel zahlloser alarmierender Berichte aus deutschen Krankenhäusern. Erstaunlicherweise fehlt dabei aber fast immer der Bezug auf die wesentliche Ursache dieser Zustände: die seit 2003 verbindliche Vergütung der Krankenhäuser durch sogenannte Fallpauschalen (englisch: DRGs – Diagnosis Related Groups). Nach ihr hat jede diagnostizierbare Krankheit einen prinzipiell fixen Preis. Wer mit möglichst geringen Kosten den Patienten schnell abfertigt, macht Gewinn; wer sich auf die Patienten einlässt, macht Verluste. Die Film-Doku von 2018 thematisierte dieses Fallpauschalensystem und 8 Teilnehmer folgten der Einladung des Kreisverbandes der Partei „dieBasis“.

Die Einführung der Fallpauschalen war der entscheidende Schritt zur Kommerzialisierung der Krankenhäuser, die bis dahin vom Gedanken der Empathie und Fürsorge getragen wurden. Wirtschaftsberater durchforsteten seitdem jede Abteilung und prüfen, ob Vorgänge nicht mit noch weniger Personal bewältigt werden können. Die Frage ist nicht mehr: Was braucht der Patient? Sondern: Was



bringt er uns? Viele Ärztinnen und Pflegerinnen können in diesem System nicht mehr arbeiten, ohne selbst krank zu werden. „Wären die DRGs ein Medikament, so müsste man sie mit sofortiger Wirkung vom Markt nehmen. Alle versprochenen Wirkungen sind ausgeblieben, und alle Nebenwirkungen sind eingetreten“, resümiert der Berliner Ärztekammerpräsident Dr. Günther Jonitz.

„Der marktgerechte Patient“ handelt von den Ursachen und fatalen Folgen der Fallpauschalen. Im Film wurde dazu mit Medizinern, Pflegepersonal, Patienten, Krankenhausmanagern und Gesundheitsaktivisten gesprochen. Auf der Basis einer scharfen Ursachenanalyse liefert ihr Film Argumente für alle, die sich für eine menschenwürdige und soziale Gesundheitsversorgung für Patienten und Beschäftigte einsetzen wollen.

Das Prinzip der Fallpauschalen schafft ein Klima wie in einer Krankenhausfabrik, wo der Patient mehr als Werkstück behandelt wird. Im Zusammenhang mit den Personaleinsparungen verursache das ein ausgebranntes Personal, das sich teils aus diesem Berufen verabschiedet und so den Notstand weiter verschlimmert.

Der Landtagskandidat und Basis Kreisvorsitzende Jürgen Osterlänger ließ es sich nicht nehmen, auch aus dem gesundheitspolitischen Vorstellungen der bayerischen Basis zu zitieren. So müsse der Mensch im Mittelpunkt des Gesundheitssystems stehen. Die zunehmende Ökonomisierung der Krankenhäuser, Arztpraxen und Pflegeeinrichtungen durch börsennotierte Konzerne ebenso wie Lobbyismus, z. B. für Pharmaunternehmen, werde strikt abgelehnt. „Krankenhäuser müssen gemeinwohlorientiert geführt und bedarfsgerecht finanziert werden. Die geplante und vielerorts bereits durchgeführte Schließung von Krankenhäusern, insbesondere von Kinder- und geburtshilflichen Abteilungen muss gestoppt werden“ so Osterlänger. Und weiter „im Sinne der Selbstbestimmung ist der Patient auch selbst Eigentümer und Verwalter seiner medizinischen Daten. Sie dürfen weder vom Staat noch von Unternehmen zentral erfasst oder ausgewertet werden.“ Hierzu wurden auch die aktuellen Bemühungen zur digitalen Patientenakte kritisch diskutiert.



Naturheilkundliche Verfahren wie Homöopathie, Osteopathie, TCM, durchgeführt von Behandlern mit entsprechender abgeschlossener Ausbildung, sowie Heilpraktiker für Psychotherapie sollen im übrigen in den Leistungskatalog der Gesundheitsversicherung aufgenommen werden. Ebenso müssten naturheilkundliche Verfahren Anwendung in den Krankenhäusern finden. In die psychotherapeutische Versorgung sollen auch Therapieformen wie Traumatherapie, Hypnotherapie, Familien- und Systemaufstellungen aufgenommen werden. dieBasis fordert insbesondere mehr Therapieplätze und Therapeuten für Kinder, aber auch für Erwachsene.

Schließlich wurde noch die WHO thematisiert. Sie dürfe als demokratisch nicht legitimierte, überwiegend privat finanzierte Organisation niemals Entscheidungsbefugnisse über die Souveränität von Nationalstaaten erhalten. Der für 2024 geplante Pandemievertrag zwischen der WHO und den Nationalstaaten dürfe daher nicht zustande kommen. DieBasis befürwortet im Übrigen den Austritt Deutschlands aus der WHO. Diese Position teilten in der Diskussion nicht alle Teilnehmer. Einigkeit bestand jedoch in der grundsätzlichen Kritik am Prinzip der Fallpauschalen, welches abgeschafft gehöre.



Bildnachweis: aus dem Film und beim Unterzeichner



Jürgen Osterlänger  
Vorsitzender Kreisverband Neustadt/Aisch - Bad Windsheim  
Tannscharn 21, 91448 Emskirchen  
[kontakt@dieBasis-neabw.de](mailto:kontakt@dieBasis-neabw.de)  
<https://diebasis-neabw.de>  
09104-1431 / 01606963785

Freiheit

Machtbegrenzung

Achtsamkeit

Schwarmintelligenz